

# Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **86 (2008)**

Heft 4

PDF erstellt am: **14.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

# Editorial

Am 8. Februar 2009 stimmt die Schweiz über die Weiterführung des Abkommens zur Personenfreizügigkeit mit der EU und dessen Ausweitung auf Rumänien und Bulgarien – und damit einmal mehr über «Europa» ab. Die Situation ist paradox: Während ein EU-Beitritt wegen der bilateralen Verträge in weite Ferne gerückt scheint, führt derselbe Bilateralismus zu immer wiederkehrenden europapolitischen Abstimmungen. Die Debatten drehen sich dabei aber nicht um das europäische Projekt an sich, sondern erhitzen sich am Steuerstreit oder Lohndumping.

Letzteres zeigt, dass sich die europapolitischen Positionen auf der Linken etwas verschoben haben: Die «Europhorie» scheint einer gewissen «Euroskepsis» gewichen. Ein zentrales sozialdemokratisches Argument für den europäischen Zusammenschluss lautet: Da die Nationalstaaten im Zuge der Globalisierung immer weniger in der Lage sind, soziale und ökologische Standards real durchzusetzen, muss diese Regulierung der Märkte auf europäischer Ebene erfolgen. Faktisch betreibt die EU jedoch selbst eine Deregulierungspolitik im Geiste des Neoliberalismus, und u.a. daran sind sowohl die Europäische Verfassung in den Niederlanden und Frankreich wie auch jüngst der «Minivertrag» von Lissabon in Irland gescheitert.

«Europa» hat also für die Linke einiges von der visionären Strahlkraft eines sozial-ökologischen Projekts verloren, ohne dass die SP deshalb gleich vom Beitrittsziel abrücken würde. Es genügt aber nicht, den EU-Beitritt allein als Reflex auf den SVP-Isolationismus anzuvisieren. Ein gutes Argument ist in diesem Kontext, dass die Schweiz durch das Abseitsstehen in wichtigen Politikfeldern eben massiv an Souveränität verliert, wie Thomas Christen nachweist.

Das europäische Projekt geht von der Annahme aus, dass der auf den «4 Freiheiten» des Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Finanzverkehrs ruhende wirtschaftliche Zusammenschluss zu einer politischen Union führen werde. Aber führt dies auch zu einer europäischen politischen Identität der Menschen? Offenbar genügt das nicht. Wie Hans-Jürg Fehr darlegt, muss die EU Mehrwerte bieten, um dieses Ziel zu erreichen. Das hat sie zwar in Bezug auf Frieden und Demokratie getan, aber im sozialen und ökologischen Bereich muss sie erheblich mehr unternehmen als bisher. Die Beispiele Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung, Bologna-Reform und Verkehr machen dabei eine eigentümliche Dialektik europäischer Politik sichtbar: Gerade weil EU-Institutionen weit reichende, mitunter bedenkliche Entscheide fällen, gibt es zur europäischen Ebene keine Alternative, will man diese Entscheide positiv beeinflussen.

Die Redaktion